

Antrag

Hannover, den 20.01.2026

Fraktion der AfD

Demokratie und Grundordnung schützen - Antifa- und Klimaterrorismus wirkungsvoll bekämpfen!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Unser Heimatland Niedersachsen ist ein freiheitlicher, republikanischer, demokratischer Rechtsstaat. So steht es in Artikel 1 der Verfassung, die sich unser Volk im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen gegeben hat.

Hochrangige Verfassungswerte dürfen niemals leere Worthülsen bleiben, sondern ihnen muss durch staatliches Handeln Nachdruck verliehen werden. Wo die Freiheitlichkeit, die Republik und die Demokratie angegriffen werden, ist der Staat angehalten, diese Angriffe keinesfalls, weder ideell noch finanziell, zu unterstützen und in den Fällen, in denen mit diesen Angriffen - sei es durch Einzelakteure, Gruppen oder Vereine - Gesetze überschritten werden, entschlossen zu bekämpfen.

Der Landesregierung stehen bereits jetzt u. a. verwaltungs- und strafrechtliche Instrumente zur Verfügung, um sich gegen Feinde unseres Landes und seines Volkes zur Wehr zu setzen. Diese zu nutzen und Gefahren frühzeitig zu erkennen und abzuwehren, ist Aufgabe der Landesregierung, der sie bislang nur unzureichend nachgekommen ist. Anstatt gleichermaßen alle gegen das Land Niedersachsen und seine Bürger gerichteten Extremismusformen zu bekämpfen, werden linke Extremisten als sogenannte zivilgesellschaftliche Akteure verharmlost und sogar von staatlichen Stellen gefördert.

Diese Verharmlosung ermutigt Linksextremisten seit Jahren zu einer verfassungswidrigen und kriminellen Bekämpfung von politischen Parteien und Gruppierungen, deren politische Ausrichtung von der ihrer Geldgeber abweicht. Darüber hinaus werden durch Linksterroristen immer verheerendere Anschläge auf die Infrastruktur verübt, die sich gezielt gegen unsere Wirtschaftsordnung und unseren Wohlstand richten, aber auch massiv in den Alltag der Bürger eingreifen. Einer radikalisierten Bewegung, die, wie wir im Januar dieses Jahres in Berlin erleben mussten, durch skrupellose Anschläge auf lebenswichtige Einrichtungen das Leben tausender Menschen gefährdet, müssen wir in Niedersachsen frühzeitig begegnen.

Wir dürfen uns niemals daran gewöhnen, wenn Gewalt Bestandteil der politischen Auseinandersetzung in einem demokratischen Rechtsstaat ist. Wir wenden uns daher gegen jedwede Bestrebung, die versucht, politische Akteure durch Gewalt mundtot zu machen, oder die versucht, irrationale politische Ziele wie die Bekämpfung des natürlichen Klimawandels durch die Verübung von Anschlägen auf die Infrastruktur aufzuhalten.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. antifaschistische und radikalisierte Gruppierungen der Klimabewegung systematisch im Hinblick auf ihr Gewaltpotenzial und praktizierte Einschüchterungspraktiken zu überprüfen und gegebenenfalls
 - a) zu verbieten,
 - b) deren Vermögen einzuziehen,
 - c) die Gemeinnützigkeit abzuerkennen,
 - d) staatliche Fördermittel zu streichen;

2. Rückzugsräume krimineller Gruppierungen zu identifizieren und zu überwachen, zu schließen oder diesen Gruppen nicht mehr zur Verfügung zu stellen;
3. sich auf Bundesebene entsprechend den unter Punkt 1 genannten Maßnahmen bezüglich der länderübergreifend agierenden Akteure einzusetzen;
4. sich im Rahmen der Innenministerkonferenz dafür einzusetzen, dass die Bekämpfung linksextremer Gewalt und insbesondere deren immer militanter agierender Bereich des Klimaterrorismus priorisiert wird und Arbeitsgruppen mit dem Ziel eingesetzt werden, etwaige rechtliche Schwachstellen zu identifizieren, die den Kampf gegen Extremisten erschweren, sowie Vorschläge zu erarbeiten, die diesen erleichtern, sowie darauf hinzuwirken, dass in der Polizeilichen Kriminalstatistik innerhalb der Deliktshauptgruppen Angriffe auf die Kritische Infrastruktur ausgewiesen werden;
5. sich für eine Überarbeitung des bundeseinheitlichen Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität und der bundesweit gültigen Ausfüllanleitung zur kriminaltaktischen Anfrage in Fällen Politisch motivierter Kriminalität einzusetzen und daran mitzuwirken, die Zuordnung der Fälle politisch motivierter Gewalt zu Themenfeldern und Phänomenbereichen realistischer zu gestalten;
6. den Landtag nach sechs Monaten über die Ergebnisse der Prüfungen und die veranlassten Maßnahmen bezüglich der Punkte 1 bis 5 zu informieren.

Begründung

Die extremistische Gewalt von links nimmt auch in Niedersachsen dramatisch zu. Während sich die Anzahl der linksmotivierten Straftaten insgesamt mehr als verdoppelte, hat sich die Anzahl der Gewalttaten von 38 im Jahr 2023 auf 121 im Jahr 2024 sogar mehr als verdreifacht.¹ Opfer dieser Gewalt wurden 144 Bürger (vgl. Drs. 19/7774). Damit haben die linksmotivierten Gewalttaten den größten Anteil unter den politisch motivierten Gewaltstraftaten insgesamt. Durchschnittlich alle 60 Stunden wird ein Bürger Opfer einer Gewalttat von links. Der Linksextremismus stellt in Niedersachsen somit die größte Gefahr für die Bürger und die Demokratie dar.

Selbst diese schon erschreckenden Zahlen stellen jedoch möglicherweise nur die Spitze des Eisbergs dar. Denn selbst manche für jeden erkennbar linksmotivierte Straftat wird bisweilen auf Grundlage bundeseinheitlicher Standards als rechtsmotiviert eingestuft und führt so zu einer Verzerrung der Statistik. So werden etwa Hakenkreuzschmierereien, die offensichtlich zur Diskreditierung politischer Gegner angebracht werden, voreilig als rechtsmotiviert eingeordnet oder auch das Zeigen sonstiger Symbole und Grußformen, die aus der NS-Zeit stammen. So geht oftmals ein linksextremer Krimineller, der Andersdenkende oder Polizisten durch das Zeigen verbotener Symbole in Verruf bringen und als „Nazi“ brandmarken will, als „Rechter“ in die Statistik ein.²

Die Gewalt von links nimmt nicht nur im Hinblick auf die Anzahl zu, sondern auch qualitativ. Täter verheerender Anschläge nehmen weder Rücksicht auf fremdes Eigentum noch auf unbeteiligte Dritte oder Familienangehörige, und auch die körperliche Unversehrtheit oder sogar das Leben stellen kein Tabu mehr dar, wenn es um die Vernichtung oder Einschüchterung politisch Andersdenkender geht. Kampfmittel, die Linksextremisten einsetzen, reichen hierbei von herkömmlichen Waffen über gefährliche Werkzeuge und Wurfgeschosse bis hin zu Spreng- und Brandmitteln (vgl. Drs. 19/7774).

Dies hat insbesondere der verheerende Anschlag der linksextremen Gruppe „Vulkan“ auf das Gaskraftwerk in Berlin-Lichterfelde im Januar dieses Jahres einmal mehr gezeigt. Dass diese Form des Linksterrorismus vor Ländergrenzen nicht Halt macht, beweisen die Anschläge auf Bahnanlagen wie Signalanlagen und Kabelschächte, die auch in Niedersachsen bereits verübt wurden. Um das Ausmaß der Angriffe auf unsere Kritischen Infrastrukturen für die Öffentlichkeit erkennbar zu machen,

¹ <https://www.mi.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/politisch-motivierte-kriminalitaet-in-niedersachsen-2024-deutlicher-anstieg-der-gesamtstraftaten-zahlen-auf-rekordhoch-241571.html>

² <https://apollo-news.net/hakenkreuz-schmierereien-auf-cdu-oder-afd-plakaten-werden-grundsatzlich-als-rechte-straftaten-eingestuft/>; <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/ausfuellanleitung-polizei-straftaten-rechte/>

sollen die Erfassungskriterien innerhalb der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik möglichst bundeseinheitlich so angepasst werden, dass entsprechende Angriffe deliktsübergreifend im Jahresbericht statistisch abgebildet werden.

Die Gewaltfantasien innerhalb der „Klimabewegung“ sind kein neues Phänomen. Bereits 2020 rief einer ihrer Vordenker im Rahmen einer staatlich geförderten Veranstaltungsreihe zu Sabotage und dazu auf, „Leitungen in die Luft zu jagen“³. Er formulierte seine Gewaltpläne zudem in seinem Buch „Wie man eine Pipeline in die Luft jagt“ aus. Im Jahr 2022 nahm die Ikone der „Bewegung“, Luisa Neubauer, die militanten Gedanken auf und äußerte in Bezug auf die ostafrikanische EACOP-Pipeline: „Natürlich denken wir darüber nach, wie man die längste Rohölpipeline der Welt in die Luft jagen könnte“⁴. Was wir jetzt erleben, ist die aufgehende Saat der zunächst hauptsächlich verbalen Radikalisierung.

Das Vorgehen erinnert dabei immer mehr an die Terror-Gruppierung „2. Juni“ aus den 70er-Jahren, die ihre Anschläge ebenso aus der Fassade ihrer bürgerlichen Existenz heraus verübte. Eine bürgerliche Existenz, die heutzutage womöglich gar NGO-finanziert und damit staatlich alimentiert ist. Die Verbindungen und gegenseitige Unterstützung terroristischer Aktivitäten aus dem Bereich der Klima- und der Antifa-Bewegung treten immer wieder zutage. So solidarisierten sich etwa sogenannte Klimaschützer der Gruppe „Ende Gelände Hannover“ mit der Terrorgruppe „Antifa Ost“ und bekannten öffentlich „Wir sind alle Linx“⁵.

Untätigkeit von Behörden und damit einhergehender fehlender Verfolgungsdruck ermuntern die Täter dabei nicht nur zu weiteren Taten, sondern auch zu immer folgenreicheren Anschlägen. Erst nachdem die Behörden gegen die von den USA als terroristische Vereinigung eingestufte „Antifa Ost“, aufgrund ihrer Tatwerkzeuge auch bekannt als „Hammerbande“, vorgegangen ist, konnte die Gruppe geschwächt und das von ihr ausgehende Bedrohungspotenzial vermindert werden.⁶

Gänzlich zerschlagen wurden aber weder die Hammerbande noch andere linksextremistische Antifa-Gruppierungen. In Niedersachsen ist sogar ein erstaunliches Desinteresse zu verzeichnen. Von engen familiären Verbindungen der Hammerbande in die niedersächsische Kommunalpolitik erfuhr die Landesregierung erst durch Angehörige der Fraktion der AfD (Drs. 19/1898).

Folgerichtig können oftmals weitgehend unbehelligt militante Gruppierungen gegen politisch Andersdenkende vorgehen und erhalten dafür Zuspruch nicht nur von linken Akteuren und solchen, die sich bürgerlich geben, sondern selbst Sicherheitsbehörden wie der Verfassungsschutz Niedersachsen ordnen sich selbst der Antifa zu und diffamieren alle Gegner der linksextremistischen und in Teilen terroristischen Antifa-Bewegung als Gegner der freiheitlich demokratischen Grundordnung.⁷

Oppositionelle geraten somit nicht nur in das Visier offen gewalttätiger Gruppierungen, sondern auch in das der von diesen Gruppen bzw. ihren Sympathisanten beeinflussten Überwachungsbehörden. Es ist daher kaum verwunderlich, dass sowohl die Bundesrepublik als auch das Land Niedersachsen die Gefahr durch militante Terrorgruppen unterschätzen und wenig Gegenwehr leisten, wenn der Rechtsstaat herausgefordert wird.

Wenn Oppositionelle und deren Parteien mit Gewalt bekämpft werden, wenn die Zerstörung von Anlagen der Infrastruktur das Leben der Menschen beeinträchtigt und gefährdet und das Funktionieren des Alltags einschränkt, wird die Axt an die Grundfesten des demokratischen Staates angesetzt.

Jüngstes Beispiel, wie die Duldung linksextremer Strukturen zunächst zu verbaler und dann realer Gewalt führt, sind Vorfälle in Göttingen. Das dortige „Jugendzentrum Innenstadt“ (JuZI) wird durch Steuergelder gefördert und ist seit Jahren als Treffpunkt der linksextremistischen Szene bekannt, wo auch Konzerte einschlägiger Musikgruppen veranstaltet werden. Hierbei kommt es häufig zu Grenz-

³ <https://www.nius.de/politik/news/berliner-senat-literaturhaus-anschlag-stromleitungen>

⁴ <https://www.rnd.de/politik/klimaaktivistin-luisa-neubauer-pipeline-in-die-luft-sprengen-JZL-NOWO7HVBELCU7OGJEZYYAU.html>

⁵ Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung, Verfassungsschutzbericht 2024, S. 190.

⁶ <https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/antifa-ost-gefahr-gesunken-bundesregierung-100.html>

⁷ <https://apollo-news.net/landesverfassungsschutz-niedersachsen-wer-nicht-antifa-ist-ist-verfassungsfeind/>

und Gesetzesüberschreitungen. Für ein Konzert wurde etwa mit der bildlichen Darstellung eines Politikers geworben, dem in den Kopf geschossen wurde.⁸ Angehörige eines „linken Hausprojekts“ feierten dort ihr zehnjähriges Jubiläum, und - wenig überraschend - ausgerechnet vor diesem Hausprojekt ereignete sich im Oktober 2025 ein gewalttätiger Angriff auf Mitglieder der AfD, unter denen sich auch ein Mitglied des Bundestages befand.⁹

Aber auch Zustände in Städten außerhalb Niedersachsens, wie in Gießen, wo sich am 29. November 2025 die patriotische Jugendorganisation der Alternative für Deutschland gründete, sind nicht länger hinnehmbar und stellen für eine Demokratie ein Armutszeugnis dar. Obwohl in einem benachbarten Bundesland geschehend, trägt Niedersachsen eine Mitverantwortung. Zahlreiche militante Linksextremisten sind aus Niedersachsen busweise (z. B. aus Hannover¹⁰, Braunschweig¹¹ und Hildesheim¹²) in unser Nachbarland herangekarrt worden, um den Gründungsakt mit brutaler Gewalt gegen Teilnehmer, Polizisten, Journalisten und Bürger zu verhindern. Auch hier hat sich die Überschneidung der extremistisch-militanten Antifa mit der „Klimabewegung“ gezeigt. Neben antifaschistischen Gruppen hat auch Fridays for Future zur gemeinsamen Fahrt nach Gießen aufgerufen, um dort „entschlossen“ zu demonstrieren.¹³

Doch Parteien wirken an der Willensbildung des Volkes, auch durch ihre Jugendorganisationen, mit. Wird ihnen dies in kaum erträglichem Ausmaß erschwert und Mitgliedern ihre Teilnahme nur unter Inkaufnahme einer möglichen Verletzung ihrer körperlichen Unversehrtheit ermöglicht, stellt dies einen Angriff auf unseren Staat dar. So zeigt sich, was der sogenannte Kampf gegen Rechts schon immer war: ein Kampf gegen unseren demokratischen Nationalstaat.

In das Visier der Antifa geraten dabei laut Sicherheits- und Terrorismusexperten immer mehr Menschen.¹⁴ Als „Faschisten“ gelten dann nicht nur Bürger, die als nicht links identifiziert werden, sondern auch z. B. Journalisten, die über Veranstaltungen berichten wollen, oder sogar Kritiker, die aber das Gespräch suchen oder Gewalt gegen Andersdenkende ablehnen, oder Mitarbeiter von Ausländerbehörden. In Niedersachsen wurden sogar ganze Dorfgemeinschaften in Angst und Schrecken versetzt, die von gewalttätigen Gruppen der Antifa heimgesucht wurden. Am Ende dieser Entwicklung steht laut Sicherheitsexperten eine gewaltsame Auseinandersetzung linker Kreise mit dem „gesamten System“¹⁵.

Anstatt aber den Kampf entschlossen aufzunehmen, geschieht das Gegenteil. Hochrangige Vertreter der Linken, der grünen Partei und der SPD solidarisieren sich eher mit Personen, denen schwerste Straftaten wie die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung sowie Mordversuche und gefährliche Körperverletzungen vorgeworfen werden. Währenddessen übt sich die CDU in Zurückhaltung und lässt sich zum geeigneten Zeitpunkt allenfalls aus wahltaktischen Gründen zu verbalen Distanzierungen und Kritik verleiten.

Soll jedoch die wehrhafte Demokratie, von der häufig die Rede ist, nicht nur eine leere Floskel oder Euphemismus bleiben, muss sie spätestens jetzt ihre Wehrhaftigkeit beweisen und den Feinden der Demokratie die Stirn bieten. Gewalttätige Gruppierungen der Klimabewegung sowie Organisationen und Einzelpersonen, die sich selbst als „Antifa“ oder „antifaschistisch“ bezeichnen und damit bewusst eine mindestens sprachliche Verbindung zur sogenannten Antifaschistischen Aktion, „Antifa Ost“ und

⁸ <https://www.freilich-magazin.com/politik/goettingen-antifa-band-wirbt-mit-erschuessung-von-bjoern-hoecke>

⁹ <https://www.nius.de/gesellschaft/news/wir-kennen-deine-fresse-linksextremisten-greifen-afd-politiker-in-goettingen-an>

¹⁰ <https://web.archive.org/web/20251107102041/https://www.demokrateam.org/aktionen/offenes-treffen-wider-setzen-hannover/>

¹¹ <https://web.archive.org/web/20251026163548/https://www.demokrateam.org/aktionen/gemeinsam-widersetzen-gegen-die-neugruendung-der-afd-jugend/>

¹² <https://www.instagram.com/p/DRdUJvhgrRC/>

¹³ <https://web.archive.org/web/20251117101100/https://fridaysforfuture-hannover.de/produkt/bus-ticket-hannover-giessen-bus2/>

¹⁴ <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus692976d3e9b1296b9ef9691a/gewalttaten-der-antifa-da-geraten-laengst-nicht-mehr-nur-rechtsextreme-ins-visier.html>

¹⁵ <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus692976d3e9b1296b9ef9691a/gewalttaten-der-antifa-aus-sicht-vieler-autonomer-ist-die-zeit-fuer-diskussionen-vorbei.html>

anderen militanten Gruppen herstellen, müssen im Hinblick auf mögliche Verbotgründe oder sonstige Maßnahmen untersucht und entsprechend behandelt werden. Den Worten des ehemaligen niedersächsischen Innenministers Pistorius, der bereits Anfang 2021 in Niedersachsen eine „starke Radikalisierung“ und Entwicklung zu einer „terroristischen Struktur“ der Antifa-Szene feststellte, müssen endlich konsequente Maßnahmen folgen.

Deutschland und Niedersachsen dürfen als Hauptkampffelder klimaextremistischer und antifaschistischer Gruppierungen nicht weiter internationalen Entwicklungen hinterherhinken. Neben den USA sind auch europäische Staaten wie die Niederlande¹⁶ und Ungarn¹⁷ vorangeschritten und nehmen den Kampf gegen terroristische Antifa-Gruppen auf. Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus Anklagen durch die Bundesanwaltschaft, wonach die „Antifa Ost“ brutale und menschenverachtende Angriffe auf deutsche und ausländische Bürger mit absolutem Vernichtungswillen nach generalstabsmäßiger Planung durchführten¹⁸, und des Bundesverfassungsschutzes, nach dem die Gruppe „Antifa Süd“ wenig verkläuliert zum gewaltsamen Vorgehen gegen Andersdenkende aufruft und eine bundesweite Ausdehnung anstrebt¹⁹ und sich „für den Kampf gegen den Staat“ wappnen will (vgl. BT-Drs. 20/11154), darf Niedersachsen nicht tatenlos bleiben. Die Angriffe von Antifa-Gruppen, aber auch Denunziationsplattformen wie „Recherche Nord“, die durch Denunziation und das Verbreiten personenbezogener Daten den Weg zu Gewalttaten ebnen und diese mindestens billigend in Kauf nehmen, müssen konsequente Maßnahmen nach sich ziehen, die diese Gruppen und deren Finanzierer nachhaltig bekämpfen bzw. aufklären.

Gerade in Niedersachsen hat sich gezeigt, dass Gruppierungen, die verfassungsfeindliche Aktionen planen, wie etwa die Verhinderung von Versammlungen und sonstigen genehmigten Veranstaltungen, Rückzugsräume in zahlreichen Städten haben. Ihnen stehen eigene Häuser zur Verfügung oder ihnen werden öffentliche Räume dauerhaft oder für einzelne Veranstaltungen überlassen bzw. illegale Hausbesetzungen geduldet. Teilweise gehen direkt von diesen Räumlichkeiten Angriffe auf politische Gegner aus.²⁰ Um den Druck auf die extremistische Szene zu erhöhen, darf es Kriminellen nicht länger ermöglicht werden, ihre Straftaten und verfassungswidrigen Aktivitäten aus sicheren Räumen heraus zu planen und sich dorthin nach ihren Taten zurückzuziehen.

Die rechtlichen Voraussetzungen für ein Verbot von klimaextremistischen und Antifa-Vereinen dürften vielfach vorliegen. Nach Maßgabe des § 3 Abs. 1 des Vereinsgesetzes in Verbindung mit Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes sind Vereinigungen u. a. dann verboten, wenn deren Zwecke oder Tätigkeiten den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richten. Das Ziel dieser Gruppen ist regelmäßig die gemeinsame Begehung teils schwerster Straftaten. Anschläge gegen die Kritische Infrastruktur und das koordinierte gewaltsame Vorgehen gegen politische Gegner, um ihre Freiheitsrechte und politische Wirksamkeit einzuschränken oder gar ihre körperliche Unversehrtheit und Leben anzugreifen, verstoßen gegen zahlreiche Strafgesetze. Die Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols und gewalttätige Angriffe auf staatliche Institutionen richten sich zudem gegen die verfassungsmäßige Ordnung. Diese Gruppen bekämpfen den demokratischen Rechtsstaat und sind nicht bereit, Entscheidungen des Souveräns sowie der Repräsentanten des Staates zu respektieren.

¹⁶ <https://www.spiegel.de/ausland/niederlande-parlament-stimmt-nach-vorstoss-von-donald-trump-fuer-antifa-verbot-a-3f4c9a22-e741-446d-840c-267776acfbbc>

¹⁷ <https://www.zdfheute.de/politik/ausland/orban-trump-antifa-terrororganisation-100.html>

¹⁸ <https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/Pressemitteilung-vom-11-06-2025.html?nn=2303068>

¹⁹ Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2024, Seite 188.

²⁰ Vgl. <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/119508/6131301>.

Soweit auf Landesebene aus rechtlichen Gründen keine Maßnahmen möglich bzw. erfolgversprechend sind, hat die Landesregierung ihren Einfluss auf Bundesebene geltend zu machen, damit von dort aus länderübergreifend agierende Zellen konsequent verfolgt und zerschlagen werden. Zudem ist die Gesetzeslage zu prüfen und gegebenenfalls den Erfordernissen anzupassen.

Jens-Christoph Brockmann
Parlamentarischer Geschäftsführer